

[de](#)

[Press release](#) | 20.01.2012

50 Jahre Gemeinsame Agrarpolitik

Europa muss für eine intakte Umwelt und nachhaltige Lebensmittelerzeugung sorgen

Vor 50 Jahren wurde die Gemeinsame Agrarpolitik in Kraft gesetzt (1). Dazu erklärt **Martin Häusling**, agrarpolitischer Sprecher der Grünen/EFA im Europäischen Parlament:

„Es kommt heute nicht mehr in erster Linie darauf an, die Menschen in Europa satt zu bekommen wie vor 50 Jahren, sondern vor allem die Umwelt intakt zu halten und Lebensmittel nachhaltig zu produzieren.“

In den ersten fünf Jahrzehnten der gemeinsamen Agrarpolitik in Europa ist oft ignoriert worden, dass die Landwirtschaft und die Förderpolitik der EU auf Dauer nur dann auf gesellschaftliche Akzeptanz stoßen werde, wenn sie mit Klima-, Umwelt-, Tier- und Naturschutz in Einklang steht und Arbeitsplätze auf dem Land schaffen. Wir müssen aus dem alten System mit seiner problematischen Orientierung auf den Weltmarkt und seiner wachsenden Tendenz zu Massenproduktion herauskommen und auf ein System umsteuern, das sich strikt an den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt orientiert.

Die europäischen Bauernverbände dürfen nicht mehr an einem Kurs zu immer mehr Industrialisierung festhalten. Wenn die Landwirte nicht bereit sind, ihre Produktion ernsthaft auf umweltgerechte Bewirtschaftung umzustellen wird es dafür von der EU auf Dauer kein Geld mehr geben. Denn die Begehrlichkeiten innerhalb der Ressorts sind groß. Wenn weite Teile der Bevölkerung der industrialisierten Landwirtschaft den Rücken kehren, wird die EU ihre Subventionspolitik auf andere Felder konzentrieren. Wie sehr sich ein Teil der europäischen Landwirtschaft auf einem Irrweg befindet, belegt die aktuelle Studie des BUND zu Antibiotika-resistenten Keimen auf Hähnchen. Die Fleischlastigkeit gerade des deutschen Agrarsystems wird zwar den Ansprüchen der Lebensmittelkonzerne gerecht. Dies geschieht aber auf Kosten der Artenvielfalt, der Gewässerreinigung und letztlich der Gesundheit der Bevölkerung. Es kann nicht sein, dass ein Kopfsalat bald mehr kostet als ein Hähnchen.

EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos muss an seinen Plänen für eine umweltgerechtere Förderpolitik unbedingt festzuhalten. Allerdings stehen jetzt auch das Europaparlament und die Mitgliedstaaten in der Verantwortung. An ihnen liegt es, die bestehende Blockadehaltung einzelner Länder, zu denen leider auch Deutschland gehört, zu brechen und einer grüneren Agrarpolitik zum Durchbruch zu verhelfen.“

Anmerkungen:

1) Die gemeinsame Agrarpolitik der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG wurde mit

den Römischen Verträgen 1957 beschlossen. Erst im Januar 1962 trat sie in Kraft, nach dem die sechs EWG-Länder erste Agrarmarktordnungen beschlossen hatten.

Recommended

Press release

Deforestation illegal-logging-amazon-brazil



[EPP creates chaos: Greens/EFA call on von der Leyen to...](#)

14.11.2024

Press release



[Parliament calls for clear commitments on climate fina...](#)

14.11.2024

Press release



[Valencia's devastating floods](#)

30.10.2024

Press release

Photo by Ingeborg Korme on Unsplash



[EPP must stop fanning the flames of climate catastroph...](#)

23.10.2024

Responsible MEPs



Martin Häusling

Member

Please share

[.E-Mail](#)

